

Kleine Anfrage 1852

der Abgeordneten Iris Schülzke,
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Nebentätigkeiten im Zuständigkeitsbereich des Infrastrukturministeriums

In den vergangenen Wochen informierte die Presse über verschiedene Nebentätigkeiten öffentlich Bediensteter unter dem Titel: „Staatsdiener und Industriebesitzer“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es genehmigte Nebentätigkeiten bei den Beamten oder den Angestellten im Bereich des Infrastrukturministeriums oder in den dazugehörigen Geschäftsbereichen, wie z.B. dem Landesamt für Bauen und Verkehr(LBV), dem Landesbetrieb für Straßenwesen (LS) oder der Gemeinsamen Landesplanung (GL)?
2. Wie viele Beschäftigte, Beamte oder Angestellte üben eine genehmigte Nebentätigkeit aus und wie viele Personen davon sind in Vollbeschäftigung im öffentlichen Dienst?
3. Wer ist in diesen Fällen für die Überwachung von Interessenkonflikten, z.B. bei der Vorbereitung von Ausschreibungen oder Auftragsvergaben zuständig, wenn persönliche Befangenheiten auftreten?
4. Wurden in den letzten 3 Jahren Interessenkonflikte festgestellt und wie viele?
5. Welche Disziplinarverfahren wurden in diesen Fällen eingeleitet und mit welcher Konsequenz?
6. In der Kommunalverfassung ist geregelt, dass persönliche Befangenheiten von Abgeordneten zu Themen, Beschlüssen usw. vor der weiteren Beratung und Beschlussfassung dem Sitzungsleiter anzuzeigen sind und der Abgeordnete an der weiteren Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen wird. Wie erfolgt diese Regelung im Bereich des Ministeriums und den zugehörigen Geschäftsbereichen? (Bitte konkret darstellen!)
7. Kommunen haben oft bemängelt, dass Schulungen zu Normänderungen im Baurecht sehr kostenintensiv sind, diese Schulungen oft von Ministerialbediensteten durchgeführt wurden, so die hohen Kosten unerklärlich waren. Gibt

oder gab es in den letzten 3 Jahren in dem Bereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung und in den zugehörigen Geschäftsbereichen, Nebentätigkeiten als Lehr- oder Schulungskräfte durch Fachpersonal, das im Ministerium speziell mit den Normänderungen befasst ist oder war, wofür Kommunen (z.B. über Bildungseinrichtungen) Lehrgangsgeld zu Gesetzesänderungen oder -neuerungen zum Beispiel in der Heimvolkshochschule oder anderen öffentlich geförderten Einrichtungen zahlen mussten oder zahlen müssen?

8. Wenn ja, in welchen Bereichen, zu welche Themen und wie viele? (Bitte auflisten!)